

Marc Saxer

Utopie, Technokratie und Kampf

Wege aus der Krise der Sozialdemokratie

Die Krise der Sozialdemokratie ist eng verbunden mit der Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen Markt und Staat. Die Erfolgsbedingungen sowohl für kämpferische wie technokratische Politikansätze haben sich verschlechtert. Um ihre Durchsetzungsfähigkeit zu stärken, muss sich die Sozialdemokratie auf ihr utopisches Projekt besinnen, einen Ausgleich zwischen dem universalen Auftrag der sozialen Demokratie und den partikularen Interessen des Kapitals zu finden. Die Utopie der *Guten Gesellschaft* wird zur entscheidenden Ressource für die Politikfähigkeit der Sozialdemokratie.

Die gegenwärtige Krise der Sozialdemokratie ist eine ihrer Durchsetzungsfähigkeit, die aber bis an die Wurzeln des sozialdemokratischen Projektes reicht. Im »Goldenen Zeitalter« der Nachkriegszeit war die Zähmung des Kapitalismus durch die soziale Demokratie durchaus erfolgreich. Heute dagegen trauen die Menschen ihr nicht einmal mehr zu, diesen Ausgleich noch wirklich zu wollen.

Ein emanzipatorisches Projekt muss die Strukturen und Kräfteverhältnisse der politischen Ökonomie verändern, um gleiche Lebenschancen für alle zu schaffen. Dem widersetzen sich jedoch diejenigen, die ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Status Quo haben. Ein emanzipatorisches Projekt muss also die Machtmittel mobilisieren können, um progressive Politik gegen die Interessen derjenigen durchzusetzen, die Kapital, Produktionsmittel, Ideologie und Gewaltmittel kontrollieren. Historisch gründete die Macht der Arbeiterbewegung auf der Fähigkeit zur Mobilisierung der Massen. Wahlsiege ermöglichten sozialdemokratischen Parteien, den demokratischen Staat zur Herstellung grö-

ßerer Gleichheit der Lebenschancen für alle zu nutzen. Streiks und Massendemonstrationen erlaubten Gewerkschaften, auf Augenhöhe mit der Kapitaleseite zu verhandeln. Aber beiden Armen der Arbeiterbewegung, Parteien und Gewerkschaften, gelingt es heute immer weniger, die Machtressourcen zu mobilisieren, um gleiche Lebenschancen durchzusetzen. Beide politischen Strategien funktionieren nur noch eingeschränkt. Die Ursache für die Durchsetzungsschwäche liegt zum einen in fundamental veränderten gesellschaftlichen Voraussetzungen, die beide Strategien – die Erringung von Verhandlungsmacht und die Nutzung des demokratischen Staates – unterminieren. Die Sozialdemokratie hat sich darüber hinaus aber auch durch hausgemachte Fehler politisch selbst geschwächt.

Die zentrale Veränderung der Rahmenbedingungen ist die Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen Demokratie und Kapitalismus. Angefeuert von einer Ideologie, die den Staat verteuflert und die Märkte glorifiziert, wurden in allen westlichen Demokratien die Märkte entfesselt und dem Sozialstaat mit der Abrißbirne zu Leibe gerückt. Vier Jahrzehnte neoliberaler Politik haben zu einer epochalen Verschiebung in der Primärverteilung der Einkommen – also der Einkommensverteilung ohne staatliche Transferleistungen – geführt, die Gesellschaften gespalten und die Staaten entkernt. Als die innere Instabilität des Finanzkapitalismus nicht mehr ignoriert werden konnte, war es für eine Umkehr bereits zu spät. Multinationale Konzerne und Megabanken haben die Märkte verzerrt; und die globalen Fi-

Externe Ursachen der sozialdemokratischen Durchsetzungsschwäche

nanzströme sind für die nationalstaatlichen Demokratien nicht mehr beherrschbar.

Die Ehe zwischen Kapitalismus und Demokratie scheint in Auflösung begriffen. Um Wachstum und Wohlstand zu schaffen, muss der Markt nach neoliberaler Lesart das Primat über die Politik ausüben. Der Staat wird folgerichtig zum Dienstleister und zur Reparaturwerkstatt der Märkte degradiert. Dieses Denken ist in Merkels Formel »marktkonforme Demokratie« auf den Punkt gebracht. Stört der demokratische Souverän diese Beziehung (Irisches Nein zum EU-Vertrag, Nein des US-Kongresses zum Banken-Bailout), wird die »falsche« Entscheidung eben wiederholt oder von vornherein unterbunden (Referendum in Griechenland). Die feindliche Übernahme der griechischen und italienischen Regierungen durch technokratische Statthalter der Finanzmarktinteressen wirkt daher wie ein Brandbeschleuniger bei der Aushöhlung der Legitimität repräsentativer Demokratien.

Für die Sozialdemokratie hat diese Entwicklung dramatische Folgen. Erstens erodiert ein zentrales Instrument sozialdemokratischer Gestaltungsmacht: der demokratische Nationalstaat. Auf sich alleine gestellt können Nationalstaaten globale Herausforderungen von Klimawandel über Terrorismus bis hin zur Macht der Finanzmärkte nicht mehr bewältigen. Aber auch die politische Antwort auf die neuen globalen Herausforderungen – die Bildung supra-staatlicher Formen des Regierens – ist nicht unproblematisch. Die technokratische Maschine in Brüssel führt vor, wie beliebig sie sich in den Dienst der neoliberalen Ideologie nehmen lässt. Und die Verlagerung von Kompetenzen auf die Ebene der Zusammenarbeit zwischen Regierungen höhlt die nationalstaatlich verfassten Demokratien weiter aus.

Zudem verschärft die Verschiebung der Machtbalance zwischen Markt und Demokratie die gesellschaftlichen Macht-Ungleichheiten. Wer die Produktionsmittel

und Gewaltmittel kontrolliert, ist immer schon politischer Akteur. Die gesellschaftlich Schwachen hingegen müssen sich erst organisieren, um zum Akteur zu werden. Entsprechend muss das politische Kapital – also Organisation und breite Unterstützung –, das zur Durchsetzung progressiver Politik notwendig ist, immer wieder neu gebildet werden. Um progressive Politik durchsetzen zu können, muss eine sozialdemokratische Regierung in der Lage sein, Mehrheiten zu mobilisieren – auch zwischen den Wahlen. Das Verschwinden sozialdemokratischer Milieus erschwert diese Mobilisierung jedoch. Das Wegbrechen der Stammwähler konnte eine Weile durch das Versprechen, eine sozialere Variante des Kapitalismus zu gewährleisten, kompensiert werden. Eine solche vorausseilende Beschränkung auf das »Machbare« mag taktisch den Rückzug aus dem Kampf um die gerechte Primärverteilung der Einkommen nahelegen. Die marktfreundliche Beschneidung der sozialen Sicherung durch die Politik der Agenda 2010 entfremdete jedoch traditionelle Anhänger der Sozialdemokratie, während die flüchtige »Neue Mitte« die dadurch entkernte Sozialdemokratie nun für austauschbar hält und je nach Tagesangebot die politischen Lager wechselt. Die Union hat die biedermeierliche Sehnsucht vieler Deutscher nach geräuschlosem und unpolitischem Management mit ihrer Strategie der »asymmetrischen Mobilisierung durch Politikverweigerung« meisterlich genutzt.

Postindustrielle Gesellschaften gliedern sich in eine Vielzahl von Schichten und Subkulturen, die in unterschiedlichen Lebens- und Diskurswelten nebeneinander her leben. Das abgehängte »Prekariat« taugt mangels verbindendem »Klassenbewusstsein« nicht zum politischen Akteur. Den »Klassenkämpfern« ist damit nicht nur der Geschichtsoptimismus, sondern auch ihr »historisches Subjekt« abhandengekommen. Den traditionellen Instrumenten des Klassenkampfes – politische Par-

teien und Gewerkschaften – bläst der Wind gesellschaftlichen Wandels ins Gesicht. Massenorganisationen zur Durchsetzung normierter Regelungen entsprangen der kollektivistischen Logik der Industriegesellschaft. Der individualistischen Logik der postindustriellen Gesellschaften widerstreben jedoch Entrücktheit und Bürokratismus dieser Institutionen. Aber auch das Regieren wird unter den Bedingungen immer komplexer werdender Wirtschaften und pluralistischer Gesellschaften schwieriger. Der Anspruch der Allgemeingültigkeit von Gesetzen mit ihren normierten Lösungen passt oft nicht mehr zu den heutigen Lebensrealitäten und pluralen Identitäten. Auch findet der auf exklusiven Expertenzirkeln basierende Ansatz von oben verordneter Lösungen der Probleme immer weniger Akzeptanz bei politisch mündigen Bürgern. Dabei geht es weniger um die konkreten Inhalte als um die partizipative Qualität des Entscheidungsprozesses. Von »Wutbürgern« bis zu den neuen sozialen Bewegungen zeigt sich, dass periodische Wahlen allein als Legitimation nicht mehr ausreichen. Das Erstarken der rechten Ränder in Europa ist zudem eine Warnung, dass der Mangel an echten demokratischen Alternativen den Vertretern menschenfeindlicher Alternativen Zulauf verschafft. Wir müssen also wieder mehr Demokratie wagen. Direkte Demokratie und Bürgerpartizipation sind aber für die »Herrschaft der Sachverständigen« nur schwer verdaubar.

Noch ist unklar, wie die fragmentierten und pluralistischen Gesellschaften des post-industriellen Zeitalters ihren politischen Willensbildungsprozess organisieren werden. Erste Experimente und Erfahrungen deuten zwar eine Richtung an: lokaler, direkter, partizipativer, reflexiver. Die neuen Bewegungen weigern sich jedoch entweder (Occupy, Weltsozialforum) oder tun sich enorm schwer dabei (Piraten, Los Indignados), gemeinsame programmatische Plattformen zu schaffen und verhar-

ren daher in der Geste des Protests ohne Gestaltungsanspruch. Die derzeit modischen Ansätze der *Multitude* (Michael Hardt/Antonio Negri) und des »Widerstandes durch Nichtstun« (Slavoj Žižek) ersetzen klare Strategien zur Durchsetzung des Wandels durch eine Art neuen Vodooglauben. Was fehlt, ist die solidarische Klammer, die die diversen Protestbewegungen innerhalb und zwischen den Gesellschaften zu einem kraftvollen Akteur des Wandels vereinen könnte. Entsprechend verpuffen die Protestbewegungen meist nach kurzer Zeit wieder, ohne echte Veränderungen an den gesellschaftlichen Strukturen bewirkt zu haben.

Die Sozialdemokratie hat aber noch ein viel fundamentaleres Problem: die Erosion ihrer philosophischen Fundamente. Als Kind des aufgeklärten Rationalismus vertraut sie auf die vernünftige Gestaltbarkeit sozialer Beziehungen. Alle modernen Institutionen – Markt, Staat und Demokratie – bauen auf dem modernen Menschenbild des interessengeleiteten Individuums auf. Die Entwicklung der Wissenschaft stellt aber genau diese Vorstellung zunehmend in Frage. Psychologen zeigen die Macht der Triebe und Massenhysterien über unser Verhalten, Linguisten die Grenzen unserer Sprache, Dekonstruktivistinnen unsere ideologischen Scheuklappen. Kriege, Krisen und Katastrophen beweisen, dass Planbarkeit oft eine Illusion ist und technischer Fortschritt immer auch mit Verlusten einhergeht. Zusammengenommen untergraben diese Entwicklungen das Vertrauen in den technokratischen Ansatz, mittels rationaler Steuerung allein eine bessere Gesellschaft zu schaffen. Es verwundert daher nicht, dass immer mehr »politikverdrossene« Menschen das technokratische Denken nicht mehr als Teil der Lösung, sondern des Problems identifizieren.

Angesichts der neuen Kräfteverhältnisse zwischen Markt und Staat greift die Godesberger Kompromissformel »Soviel Markt wie möglich, soviel Staat wie nötig«

zu kurz. Eine breite gesellschaftliche Debatte darüber, wie diese Verschiebungen zu bewerten, und welche Folgerungen daraus zu ziehen sind, hat daher längst begonnen. Für die einen ist die neuerliche Entfesselung des Kapitalismus der Beweis, dass die Zähmung des Raubtiers niemals gelingen kann. Wie der Kapitalismus aber zu überwinden wäre, und welche Gesellschaft an seine Stelle treten soll, wird meist offen gelassen. Andere sehen gerade in der neuen Übermacht des Ökonomischen die Notwendigkeit, sich damit zu arrangieren, um Schlimmeres zu verhindern. Ob und wie weit das angesichts der Kräfteverhältnisse heute noch zum Erfolg führen kann, bleibt oft unerörtert.

Hausgemachte Fehler der Sozialdemokratie

Heute stellt sich die doppelte Frage: Welche Gesellschaft strebt die Sozialdemokratie eigentlich an? Und wie kann sie ihre Vision angesichts der veränderten Kräfteverhältnisse durchsetzen? Diese Herausforderungen werden in der sozialdemokratischen Krisen-debatte jedoch weitgehend ignoriert. Diese verläuft stattdessen entlang der uralten Konfliktlinie zwischen denjenigen, die Politik als Kampf – als Auseinandersetzung zwischen unversöhnlichen Gegnern – verstehen und denjenigen, die Politik als schrittweise Veränderung des Bestehenden begreifen. Das Verständnis von »Politik als Kampf« wurzelt in der Tradition des marxistischen Klassenkampfes. Allerdings blieb nicht nur der von Marx erhoffte »Endsieg« des Proletariats aus – das Proletariat selbst ist mittlerweile abhanden gekommen. Infolgedessen hat sich unter den »Kämpfern« eine von Antonio Gramsci inspirierte Lesart des »Politischen« als nie endendem Kampf zwischen einander ausschließenden Projekten um gesellschaftliche Vorherrschaft durchgesetzt. Die Kämpfer werfen den Technokraten vor, die sozialdemokratische Sache verraten zu haben und die Überreste des Projektes zu Tode zu verwalten. Die »Kämp-

fer« wollen daher zurück zur »reinen Lehre« eines emanzipatorischen Projektes im Kampf um gesellschaftliche Hegemonie. Viele hätten daher eine klare Opposition gegenüber einer christdemokratischen Alleinregierung begrüßt oder treten für eine rot-rot-grüne Koalition ein. Angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse wird die Durchsetzungsfähigkeit einer solchen Koalition überschätzt. Wie auf einer derartig schmalen gesellschaftlichen Plattform Deutungshoheit errungen oder gar progressive Politik effektiv (also nicht nur auf Symbolpolitik begrenzt) durchgesetzt werden kann, bleibt unklar.

Das technokratische Politikverständnis setzt dagegen auf die graduelle Veränderung der Verhältnisse mit Hilfe des Staates *ohne politische Kämpfe*. Von den staatssozialistischen Fünfjahresplänen bis zu den neoliberalen Bürokratien der Europäischen Union wird Politik vor allem als Programm der langfristigen Planung, rationalen Steuerung und effizienten Umsetzung verstanden. Die soziale Basis dieses Denkens liegt in den Teilen der Mittelschicht, die ihr Leben ungestört von den Leidenschaften politischer Mobilisierung gestalten will. Nüchtern technokratisches Vorgehen ist aus dieser Perspektive die beste Gewähr, um den populistischen Verirrungen in den Wahldemokratien eine langfristige Gemeinwohlorientierung entgegenzusetzen. Diese Vorstellung hat Helmut Schmidt einst verschmitzt auf die Formel gebracht: »Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen«. Dabei wurzelt in Wahrheit auch das technokratische Politikverständnis in einer Vision, nämlich dem aufklärerischen Ideal der Moderne: »Fortschritt ist rational gestaltbar«. Den Technokraten gelten die Kämpfer als weltfremde Nationalstaatsromantiker, die nicht verstehen wollen, wie dramatisch sich die Kräfteverhältnisse im globalen Finanzkapitalismus verschoben haben. Viele Technokraten halten eine Große Koalition daher für die beste Konstellation, um angesichts

drängender Probleme konkrete Politik mit breiter Mehrheit umsetzen zu können. Andere halten langfristig eine Positionierung in der politischen Mitte durch eine sozial-liberale Koalition für strategisch sinnvoll. Die politischen Spielräume nationalstaatlicher Regierungen werden dabei oft sehr optimistisch eingeschätzt. Es wird übersehen, dass unter den Bedingungen des Finanzkapitalismus auch gewählte demokratische Regierungen zunächst das politische Kapital einsammeln müssen, um sich gegenüber der Status quo-Allianz durchsetzen zu können. Wie die permanente Mobilisierung des »Drucks von unten« gelingen soll, ohne eine alternative politische Vision anzubieten, bleibt daher offen.

Trotz oder gerade wegen ihrer gegensätzlichen Instinkte sitzen die »Technokraten« und die »Kämpfer« heute mehr denn je in einem Boot. Selbst wenn die Rückkehr zu den Wahlerfolgen des Dritten Weges gelingen sollte, reicht zukünftig die

Utopie als Machtressource

Legitimation durch Wahlen nicht mehr aus, um eine neue Politik durchsetzen zu können. Die reformorientierten Technokraten müssen erkennen, dass erst Mobilisierungsfähigkeit das politische Kapital ansammelt, das sie zu politischen wirkungsvollen Akteuren werden lässt. Darüber hinaus ist Diskurs-hoheit erforderlich, um sich gegenüber den Kräften des Status quo durchzusetzen. Deutungsmacht kann nur errungen werden, wenn Programme in einer Erzählung mit der begründeten Hoffnung auf eine bessere Gesellschaft verbunden werden. Politische Kommunikation bleibt daher wirkungslos, wenn sie nur zu technischen Sachfragen und ihren möglichen Lösungen referiert. Die »Kämpfer« wiederum müssen anerkennen, dass nur noch breite gesellschaftliche Koalitionen die notwendigen Machtressourcen mobilisieren können, um unter den gegebenen Kräfteverhältnissen eine progressive Politik durchzusetzen. Auch wenn Wahlen nicht mehr

alles sind – ohne die Erringung demokratischer Mandate bleiben die gesellschaftlichen Kämpfe angesichts der Herrschaftsverhältnisse aussichtslos. Ein Eingraben am linken Rand ist kontraproduktiv.

Um sich im Spagat zwischen wachsenden Herausforderungen und schrumpfenden Fähigkeiten zu behaupten, sollte sich die Sozialdemokratie auf ihre eigene Erfolgsgeschichte besinnen. Kraftvoll handeln konnten Sozialdemokraten immer dann, wenn die Mobilisierung ihres politischen Kapitals und dessen rationaler Einsatz in einem politischen Projekt miteinander verbunden wurden. Diese Verbindung braucht ein gemeinsames Ziel. Die Brücke zwischen beiden Ansätzen liegt in der Utopie. Utopie beschreibt ein besseres Morgen, die Gute Gesellschaft mit vollen und gleichen Lebenschancen für alle. Utopien sind keine detaillierten Beschreibungen einer realen Zukunft, sondern ein Fixpunkt, etwas Erstrebenswertes, auf das sich viele einigen können. Dabei ist es nicht wichtig, wie viel von der Utopie am Ende wirklich realisiert wird – die Überzeugung der Menschen, dass sie erreichbar ist, reicht für die Motivation. Utopien sind der normative Kompass, der Orientierung für die politische Gestaltung gibt. Nur die Vision einer besseren Gesellschaft ermöglicht den Bürgern zu urteilen, ob die konkrete Politik in die richtige Richtung zielt. Der utopische Kompass legitimiert progressive Projekte, wo Wahlen allein als Legitimitätsquelle nicht mehr ausreichen. Denn progressive Politik ist begründungsbedürftig: wer »Fortschritt« fordert, muss die Frage beantworten: Fortschritt wohin und wozu?

Utopie ist aber mehr als ein Kompass. Utopie ist eine entscheidende Voraussetzung progressiver Politikfähigkeit. Ohne Mobilisierungsfähigkeit lässt sich progressive Politik nicht gegen die Beharrungskräfte des Status quo durchsetzen. Ohne leidenschaftlichen Glauben an eine gemeinsame Vision lassen sich Menschen

nicht in großer Zahl mobilisieren. Die positive Vision einer besseren Welt nimmt die lähmende Angst vor dem Zerschlagen der alten Ordnung. Nur wenn genügend viele Menschen glauben, dass ein anderes Leben möglich ist, werden sie sich auch dafür einsetzen. Nur unter der gemeinsamen Vision eines besseren Morgen können sich Akteure mit unterschiedlichen Interessen solidarisch vereinen. Und nur die gemeinsame Klammer der Utopie kann gesellschaftliche Kämpfe über soziale oder nationale Grenzen hinweg solidarisch vereinen. Der Glaube an ein besseres Morgen gibt den Menschen Mut, dafür heute zu kämpfen. Dieser Wille, um ein besseres Morgen im Hier und Jetzt zu ringen, ist die zentrale Machtressource emanzipatorischer Projekte.

Die Krise der Sozialdemokratie wurzelt also auch in der Preisgabe einer Vision jenseits der reinen Marktgesellschaft. Um wieder politikfähig zu werden, braucht die Sozialdemokratie die positive Vision einer post-kapitalistischen Welt. An der Formulierung einer neuen sozialdemokratischen Utopie wird derzeit an vielen Stellen gearbeitet. So baut die Friedrich-Ebert-Stiftung in Europa am *Good Society*-Projekt mit und unterstützt in Asien das Modell für die *Economy of Tomorrow*. Die normative Vision dieser Utopie ist eine Gute Gesellschaft mit gleichen Lebenschancen für alle. Das politische und das ökonomische System müssen so verändert werden, dass sie diesem Ziel dienen. Das erfordert einen Pfadwechsel zu sozial gerechtem, nachhaltigem und dynamischem Wachstum. Angetrieben wird das *Economy of Tomorrow*-Modell durch die Entwicklung aller Talente, faire Einkommen, stabile Finanzmärkte, ausgeglichene Leistungsbilanzen, nachhaltige soziale und natürliche Lebensgrundlagen, grüne Innovation und die Ent-

koppelung von Produktivität und Ressourcenverbrauch. Ein wissenschaftlich fundiertes Modell ist wichtig, reicht aber nicht aus. Seine Handlungsanleitungen müssen vielmehr in starke Bilder und Erzählungen übersetzt werden, um gesellschaftliche Deutungsmacht zu gewinnen. Schließlich müssen Diskursallianzen gebildet werden, die gemeinsam um die notwendigen Pfadwechsel ringen. Das kann aber nur durch konkrete politische Projekte gelingen, die es erlauben, Brücken zwischen den unterschiedlichen Erfahrungswelten und Diskurswelten zu schlagen.

Das geht nicht ohne Streit. Und die Gretchenfrage ist noch offen: Muss ein emanzipatorisches Projekt auf die Veränderung der Primärverteilung der Einkommen zielen oder kann es sich mit der Einhegung des Kapitalismus durch Regulierung und Umverteilung zufrieden geben? Mit anderen Worten – reicht die Umsteuerung auf einen öko-keynesianischen Pfad aus, um gleiche Lebenschancen für alle zu schaffen? Umgekehrt aber auch: reicht die Kraft der progressiven Bewegungen überhaupt aus, um wenigstens einen moderaten Pfadwechsel zu erkämpfen?

Nur der leidenschaftliche Streit über diese Grundsatzfragen kann neues Vertrauen in die Akteure einer progressiven Politik begründen, nur das Vertrauen in die Ernsthaftigkeit der Akteure verleiht der Utopie Glaubwürdigkeit. Und nur eine glaubwürdige Utopie als gemeinsame Klammer kann die verschiedenen heutigen Protestbewegungen zu einem politischen Projekt zusammen führen. Nur diese kann die Machtressourcen mobilisieren, die für einen Richtungswechsel hin zur Guten Gesellschaft notwendig sind.

*Streitet Euch!
Authentizität
schafft
Vertrauen*



Marc Saxer

(*1973) ist Koordinator des *Economy of Tomorrow*-Projektes der Friedrich-Ebert-Stiftung in Asien. Derzeit leitet er das Büro der FES in Bangkok.

marc@fes-thailand.org